



REPUBLIK ÖSTERREICH
Oberlandesgericht Innsbruck
Der Präsident

Innsbruck, am

Maximilianstraße 4
A-6020 Innsbruck

Briefanschrift
A-6010 Innsbruck

Telefon
0512/5930-0*

Telefax
0512/577480

Fernschreiber
05/34 14

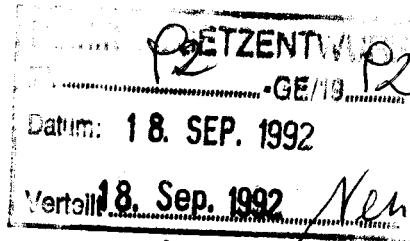
Sachbearbeiter *Dr. Colledani*

Klappe 469 (DW)

GZ *Jv 2785 - 2/92*

An das
Präsidium
des Nationalrates

1010 *W i e n*



H. Bömer

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die
Strafprozeßordnung geändert wird (Straf-
prozeßnovelle 1992); Begutachtungsverfahren

Unter Bezugnahme auf den Erlaß des Bundesministeriums
für Justiz vom 31. Juli 1992, GZ 578.009/1-II 1/92, erlaube
ich mir, folgende Stellungnahme abzugeben:

Grundsätzlich werden die vorgeschlagenen Neuregelungen
begrüßt.

Problematisch erscheint mir allerdings, daß nach dem
Entwurf (siehe Seite 19 Punkt 5) den Gerichten keine Möglich-
keit zukommen soll, eine vom öffentlichen Ankläger trotz
Vorliegens der Voraussetzungen des § 34 a unterbliebene Ver-
fahrenseinstellung nachzuholen. Die eröffnete Möglichkeit
einer Aufsichtsbeschwerde an den staatsanwaltschaftlichen
Behördenleiter bzw. an die übergeordnete Behörde halte ich
nicht für zielführend, zumal in der extremsten Fallkonstel-
lation über den eingebrachten Strafantrag vom Gericht bereits
entschieden sein dürfte und allfällige Dienstaufsichtsmaß-
nahmen zu spät kommen könnten.

Darüber hinaus erhebt sich in diesem Zusammenhang die
Frage, ob nicht eine unterbliebene Vorgangsweise nach § 34 a

StPO den Nichtigkeitsgrund nach § 281 Abs 1 Z 9 lit b StPO erfüllen könnte.

Allgemein gebe ich noch zu bedenken, daß soziale Gesichtspunkte zu kurz kommen könnten. Wenn der Betroffene infolge Bedürftigkeit nicht in der Lage ist, eine "Ausgleichszahlung" in der vorgesehenen Höhe zu leisten, kommt er nicht in den Genuß der geplanten Maßnahme und wird gegenüber einem finanziell Bessergestellten offensichtlich benachteiligt. Solche Fälle können insbesondere bei Jugendlichen auftreten. Hier könnte nur auf ein Korrektiv, etwa in Gestalt des § 6 JGG oder § 42 StGB zurückgegriffen werden.

Den vom Bundesministerium für Justiz angedeuteten Überlegungen, in Hinkunft den Anklagebehörden weitere Möglichkeiten zu Verfolgungsverzichten bei Wiedergutmachung des Schadens eines Vermögensdeliktes geringerer Schwere und Erbringung einer (zusätzlichen) Geldleistung durch den Beschuldigten stehe ich eher skeptisch gegenüber. Die Sonderbehandlung der "Ladendiebstähle" ist doch nur durch die in den Erläuterungen dargelegte Eigentümlichkeit der Tatumstände zu begründen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, ein Täter, der es sich leisten kann, könne durch eine "Ausgleichszahlung" die Straflosigkeit erkaufen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Innsbruck, am 14. September 1992.

Der Präsident des Oberlandesgerichtes:

